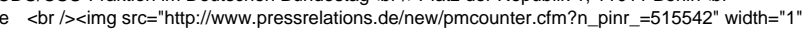




Alterssicherungsbericht bestätigt Notwendigkeit zusätzlicher Altersvorsorge

Alterssicherungsbericht bestätigt Notwendigkeit zusätzlicher Altersvorsorge
Die meisten Menschen sind in der gesetzlichen Rente und mit Betriebsrenten sowie der Privatvorsorge gut im Alter abgesichert. Zum 5. Alterssicherungsbericht, den das Bundeskabinett am heutigen Mittwoch beschlossen hat, erklären der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Schiewerling, sowie der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe und Berichterstatter für die Rente der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Weiß: "Mehr als 70 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Alter von 25 bis 64 Jahren haben neben der gesetzlichen Rente einen Anspruch auf eine Zusatzrente aus der betrieblichen Altersvorsorge oder aus einer Riester-Rente. Mittlerweile gibt es 19,6 Millionen aktive betriebliche Altersvorsorge-Anwartschaften und rund 15,6 Millionen Riester-Verträge. Das sagt der neue Alterssicherungsbericht. In den vergangenen Jahren haben immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die staatlich geförderte Zusatzversicherung für das Alter erkannt und praktiziert. Allerdings gibt es auch eine Notwendigkeit, diesen Aufbau weiter voranzutreiben. Das gilt vor allem für die Geringverdiener. Die meisten Menschen sind in der gesetzlichen Rente und mit Betriebsrenten sowie der Privatvorsorge gut im Alter abgesichert. Der Alterssicherungsbericht zeigt daher, dass die Rentnerinnen und Rentner heute in aller Regel nicht von Altersarmut bedroht sind. Lediglich 2,5 Prozent im Alter ab 65 Jahren waren Ende 2011 in Deutschland auf ergänzende Grundsicherung im Alter angewiesen. Interessant ist dabei das Detail, dass der Anteil der Grundsicherungsempfänger unter ehemals Selbständigen gegenüber ehemals Beschäftigten mehr als doppelt so hoch ist: 3,7 Prozent gegenüber 1,8 Prozent. Während ein Teil der Selbständigen gut versorgt ist, auch weil sie oft in berufsständischen Versorgungswerken obligatorisch abgesichert sind, hat ein anderer Teil der Selbständigen nicht ausreichend vorgesorgt. Die Vorschläge der Koalition für einen besseren Erwerbsminderungsschutz und zu einer Lebensleistungsrente setzen also richtig an, um auch für die Zukunft drohender Altersarmut vorzubeugen." CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
fraktion@cducsu.de
http://www.cducsu.de


Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSU Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.